Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung (2. - öffentliche - Sitzung am 18. Januar 2018)

Beratungsthemen:

- 1. Unterrichtung durch Frau Ministerin Honé über
 - a) Ziele und Aufgaben des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung und
 - b) über die Schwerpunkte des niedersächsischen Vorsitzes der Europaministerkonferenz (EMK)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch die Ministerin und Staatssekretärin Kremer entgegen und führte darüber eine Aussprache.

 Benennung des niedersächsischen Mitglieds und dessen Stellvertreters im Ausschuss der Regionen der EU für die verbleibende 6. Mandatsperiode bis 25. Januar 2020

Antrag der Landesregierung - Drs. 18/86 neu

Der Ausschuss beriet über den Antrag und empfahl dem Landtag, den Antrag anzunehmen und damit die Personalentscheidung der Landesregierung zu bestätigen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -Enthaltung: -

 Information durch die Landtagsverwaltung über die Beteiligung in EU-Angelegenheiten

Der Ausschuss ließ sich durch die Landtagsverwaltung über die Verfahren der Beteiligung des Landtags in EU-Angelegenheiten informieren und führte hierüber eine kurze Aussprache.

- 4. Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union
 - a) Unterrichtung durch die Landesregierung über die Bundesratsdrucksache 707/17

 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt; COM-Nr.: (2017) 647 final

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte hierüber eine Aussprache. In diesem Zuge sagte die Landesregierung zu, ergänzende Materialien zu übersenden. Der Ausschuss kam überein, die Beratung über dieses Thema in der nächsten Sitzung fortzusetzen, auch im Hinblick auf die Abgabe einer Stellungnahme seitens des Landtags.

 b) Unterrichtung durch die Landesregierung über die Bundesratsdrucksache 708/17

 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2009/73/EG über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt; COM-Nr.: (2017) 660 final

Der Ausschuss nahm die Unterrichtungen entgegen und führte hierüber eine Aussprache. In diesem Zuge sagte die Landesregierung zu, die Bereitstellung ergänzender Materialien zu prüfen.

5. Termine

Der Ausschuss bereitete die nächsten Sitzungen vor und erörterte Terminfragen, insbesondere zu diesen Punkten:

- Der Ausschuss bat die Landesregierung im Kontext zu TOP 4a, ihn zeitnah über das Verfahren zur Behandlung von EU-Vorlagen im Bundesrat zu unterrichten.
- Der Ausschuss bat die Fraktionen um eine zeitnahe Vorklärung von Terminoptionen für eine parlamentarische Informationsreise nach Brüssel und um Themenvorschläge für eine weitere parlamentarische Informationsreise.
- Der Ausschuss begann mit der Vorbereitung einer gemeinsamen Sitzung mit den für die niederländisch-niedersächsische Kooperation zuständigen Gremien der niederländischen Nachbarprovinzen.
- Der Ausschuss fasste ein Gespräch mit dem Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, Herrn Kühnel, für Anfang Februar ins Auge.